



Positionspapier

der Landesfachkommission
Bildungs- & Arbeitsmarktpolitik

Bildung und
Digitalisierung

*Die Stimme der Sozialen
Marktwirtschaft*

Auswirkungen der „Digitalen Revolution“ auf Arbeit und Bildung

Die deutsche Wirtschaft ist aufgrund der Digitalisierung und der sich verändernden Rahmenbedingungen gezwungen, Anpassungsprozesse für die nächsten Jahre nachhaltig, aktiv zu gestalten. Für die gesamte Gesellschaft, aber insbesondere für Unternehmen und Arbeitende ist die digitale Transformation unerlässlich, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Die Optimierungs- und Anpassungsprozesse der individuellen Lebensgewohnheiten werden massive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und das allgemeine Zusammenleben haben. Hierzu müssen bestimmte Grundanforderungen erfüllt sein: Beteiligung und Offenheit der Bürger und die Unterstützung der Vernetzung von Wirtschaft und Politik.

Um diese historischen Herausforderungen zu bewältigen, benötigen wir eine digitalpolitische Gesamtstrategie mit einem Rahmenplan für Bund und Länder.

Der Digitalpakt

Um alle erwerbsfähigen Menschen in den Arbeitsmarkt von morgen integrieren zu können, ist digitale Bildung unerlässlich. Generell lässt sich feststellen, dass sich viele wichtige Zielsetzungen des Strategieplans der Kultusministerkonferenz und der Ländervereinbarung nicht im Landesgesetz HDigSchulG und den Förderrichtlinien des Hessischen Kultusministeriums wiederfinden.

Ergänzungen und Verbesserungsvorschläge zur Umsetzung des Digitalpaktes

Der vorliegende Strategieplan sieht die folgenden vier Handlungsfelder vor: Bildungspläne und Unterrichtsentwicklung, Aus- Fort- und Weiterbildung von Lehrenden, Digitale Infrastruktur von Schulen und digitale Bildungsmedien. Zur Steigerung der Effizienz und Nachhaltigkeit der Investitionen sollten die nachfolgenden Aspekte im Kontext dieser Handlungsfelder Beachtung finden:

- **Bildungspläne und Unterrichtsentwicklung:** Digitale Kompetenzen sollten als verbindliche Lernziele in die Curricula übernommen werden. Am Ende der Pflichtschulzeit sollte eine Überprüfung, eventuell eine Zertifizierung, erfolgen. Ein eigenes Unterrichtsfach zum Thema „Arbeiten und Präsentieren mit digitalen Medien“ sollte etabliert werden, wie beispielsweise der ICDL (international standard in digital skills certification).
- **Lehrerfortbildung:** Es müssen Kompetenzstandards, Kompetenzzentren und Referenzrahmen für digitales Lernen in Bezug auf die Kompetenzentwicklung von Lehrenden und Schulleitungen geschaffen werden. Die Verwendung digitaler Medien im Unterricht soll verpflichtend für alle Lehrkräfte sein. Selbiges gilt für die notwendige schulbezogene Fortbildung, für den Gebrauch von neuen Anzeigegeräten sowie zur Verwendung von Schulnetzwerken, Lernplattformen und digitalen Lernmitteln.
- **Infrastruktur und Ausstattung von Schulen:** Das Land muss im Rahmen des Bildungsetats die dauerhafte Finanzierung für folgende Maßnahmen sicherstellen:
 - Förderung digitaler Tafeln in allen Klassen- und Fachräumen
 - Zentrale Administration aller Geräte über miteinander vernetzte Server
 - Einrichtung eines pädagogischen LAN-Netzwerkes für die zentrale Speicherung von Unterrichtsmaterialien und Einrichtung von allgemein zugänglichem, schnellem WLAN mit Hardwarefirewall
 - Mobile Endgeräte sollten aufgrund ihrer Kurzlebigkeit, nach dem System „bring your own device“, von den Schülerinnen und Schülern angeschafft und lediglich im Ausnahmefall durch schuleigene Leihgeräte ergänzt werden

- Wartung und Instandhaltung der Geräte, von außen und von innen, durch professionelle Dienstleister und Lehrkräfte mit zusätzlichen Funktionsstunden
- Die dauerhafte Finanzierung dieser Maßnahmen ist im Rahmen des staatlichen Bildungsetats sicher zu stellen.
- **Bildungsmedien und Lernmaterial:** Die Kultusministerien müssen Standards für digitale Lernmittel (E-Books) entwickeln und festlegen - vergleichbar mit dem bisherigen Verfahren für die Zulassung von Schulbüchern. Die Lizenzvergabe für digitale Medien- und Lernmittel ist im Kontext der Lernmittelfreiheit zu regeln. Office 365 Education sollte für jede Schule angeschafft werden.

Digitalisierung auf dem Arbeitsmarkt

Damit Deutschland bei der Entwicklung zur Wissens- und Informationsgesellschaft Schritt halten kann, müssen Kompetenzen und die Bereitschaft, Veränderungen zu implementieren, geschult werden. Dies kann nur durch eine Kommunikationsoffensive der Landesregierung geschehen.

Für die digitale Zukunfts- und Veränderungsorientierung benötigt es:

- **Flächendeckende Information und Beratung:** Die digitalen Möglichkeiten für Arbeitnehmer müssen verstanden werden. Nur wenn öffentlich über die Vorteile kommuniziert und diskutiert wird, werden Unternehmen und Arbeitende unterstützt und motiviert, Veränderungen anzugehen.
- **Digitale Infrastruktur:** Flächendeckender Breitbandausbau, Investitionen in den Glasfaserausbau um leistungs- und zukunftsfähige Netztechniken zu schaffen, Entwicklung und Ausbau von intelligenten, vernetzten Verkehrssystemen, sowie die Versorgung über drahtlose Technologien (5G-Netz) müssen staatlich gefördert werden. Schaffung von Beratungsangeboten für Unternehmen zu digitalen Themen, wie u.a. Informationsarchitektur, Datenmanagement etc.
- **Unterstützung der digitalen Bildung und Weiterbildung:** Eine Förderung nachhaltiger Weiterbildungsangebote, Veranstaltungen und Aufklärung schaffen eine Verbesserung der Arbeitskultur, als auch Nachwuchsgewinnung und -förderung. Die Eigenschaften digitale Affinität und Teamorientierung spielen eine wichtige Rolle, in der Wahrnehmung und Umsetzung digitaler Möglichkeiten.
- **Digitale Sicherheitssensitivität:** Für den sicheren und bewussten Umgang mit digitalen Daten und Endgeräten benötigen Bürger Beratungen, Schulungen oder Weiterbildungen zur Datensicherheit und -integrität sowie zum Datenschutz. Außerdem muss die Anschaffung von entsprechender Sicherheitssoftware gefördert werden.

Zusammenfassung

Der Umgang mit den Auswirkungen der Digitalisierung ist eine gesamtgesellschaftspolitische Aufgabe und benötigt ganzheitliche Konzepte, die flächendeckend umgesetzt werden. Schon im jungen Alter muss ein Verständnis für digitale Bildung geschaffen werden. Politik, Wirtschaft sowie Schul- und Bildungswesen müssen hierzu zusammenarbeiten.

Ziel muss es sein, eine kohärente Entwicklungsstrategie für digitales Lernen zu entwickeln und umzusetzen und alle erwerbsfähigen Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren – von der Schule bis hin zur beruflichen Weiterbildung. Hierzu müssen Politik, Wirtschaft sowie Schul- und Bildungswesen enger zusammenarbeiten.

Frankfurt, den 26. Februar 2020